



Die Konferenz der SPD –Mittelrhein hat am 11. Mai 2019 einstimmig beschlossen

## **Verkehrswende für das Rheinland –Klima verbessern Infrastruktur für Bahn-Bus – Rad ausbauen - Preise im VRS optimieren**

Der SPD-Fraktion im VRS wird empfohlen, in der anstehende Tarifrunde für den VRS-Tarif für folgende Maßnahmen einzutreten:

Die SPD Mittelrhein möchte mit einem attraktiven, sauberen, zuverlässigen und bezahlbaren Öffentlichen Nahverkehr die drängenden Verkehrsprobleme der Region in den Griff bekommen. Dazu wollen wir das Nahverkehrsangebot flächendeckend ausbauen, Kapazitäten bedarfsdeckend erhöhen und den ÖPNV für die Fahrgäste durch gute Preise attraktiver machen. Als Vorbild für eine entsprechende Entwicklung der Finanzierung kann das „365€-Ticket“ in der Stadt Wien dienen. Auch vergleichbar einfache und für die NutzerInnen kostengünstige Systeme sind denkbar. Der Regionalvorstand der SPD Mittelrhein wird damit beauftragt, einen umfassenden und ausgewogenen Meinungsbildungsprozess zu einer zukünftigen ÖPNV-Finanzierung in der Region zu organisieren.

Unser politisches Ziel ist eine Steigerung der Fahrgastzahlen im ÖPNV und eine Änderung im Modal Split zugunsten des ÖPNV durch ein verbessertes Angebot in städtischen und ländlichen Regionen sowie niedrigere Fahrpreise, die den Umstieg auf den ÖPNV attraktiv machen. Dazu müssen Bund, Land und Kommunen einen größeren Anteil an der Finanzierung eines attraktiven, klimafreundlichen und preisgünstigen ÖPNV übernehmen. Die SPD Mittelrhein wird sich auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass mehr in eine nachhaltige Mobilitätswende und in den dringend benötigten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur investiert wird. So entstehen auch Handlungsspielräume für das Tarifsysteem vor Ort.

Verbesserungen im Tarifsysteem für die Nutzerinnen und Nutzer dürfen für uns nicht mit einer Einschränkung des Angebots kompensiert werden. In einem ersten Schritt hin zu einem neuen Finanzierungsmodell spricht sich die SPD Mittelrhein dafür aus, auf Preiserhöhungen im Bartarif des VRS in den nächsten drei Jahren zu verzichten. Kostensteigerungen sollen nicht an die Fahrgäste weitergegeben, die wir als Gelegenheitskunden öfter oder dauerhaft für den ÖPNV gewinnen wollen. Geringere Einnahmen der Verkehrsunternehmen sind dann durch zusätzliche staatliche Zuschüsse ausgleichen. Außerdem streben wir weitere Verbesserungen bei den bestehenden Dauertickets sowie für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren an.

Im Rahmen des Kommunalwahlprogramms wird sich die SPD-Mittelrhein für folgende verkehrspolitische Ziele einsetzen:

- Der verträglichste Verkehr ist der, der gar nicht erst entsteht. Deshalb setzt sich die SPD für alle Modelle und Lebensformen ein, die verkehrsvermeidend wirken und damit Regionalität und Nähe fördern. Die aktive Verkehrsvermeidung soll bedeutender Bestandteil der Verkehrsplanung in den Kommunen und beim Nahverkehr Rheinland sein. Unsere Kommunen sollen Kommunen der kurzen Wege sein.
- Verkehr der nicht vermeidbar ist soll nachhaltig, stadt- und menschenfreundliche verlagert werden. Hierzu dient uns das Wiener-Modell als Vorbild. In diesem Sinne streben wir an, in allen Kommunen langfristig den Modal-Split signifikant zugunsten des Umweltverbundes (Fuß-, Rad- und öffentlicher Verkehr) zu verändern. In unseren Großstädten soll der MIV-Anteil langfristig auf Wiener Niveau gesenkt werden.
- Hierzu sind erhebliche Investitionen in die Modernisierung und Ausbau des öffentlichen Verkehrs in den nächsten Jahrzehnten erforderlich, um die bereits heute ausgelasteten Kapazitäten massiv zu erhöhen und die Qualität dramatisch zu verbessern.
- Die Kosten dieser Veränderung dürfen nicht ausschließlich den Kommunen und Nutzern aufgebürdet werden. Deshalb fordern wir Land und Bund auf, die Investitionen in ÖPNV-, Rad- und Fußwegeinfrastruktur erheblich zu steigern. Zur Sicherstellung der Finanzierungsgrundlage unserer Kommunen für die notwendigen Investitionen nehmen wir uns die Wiener Finanzierungsansätze der Nutznießerfinanzierung und Parkraumbewirtschaftung zum Vorbild.
- Die Preise für den ÖPNV müssen deutlich gesenkt werden. Hierfür wird der Bund aufgefordert für eine Finanzierung zu sorgen (analog 365 € Ticket in Modellversuch für Bonn)
- Zur Entlastung der Familien und zur Heranführung der nachwachsenden Generation an den öffentlichen Verkehr wollen wir die kostenlose Nutzung des ÖPNV von Kindern und Jugendlichen bis zum vollendeten 18 Lebensjahr durchsetzen. Wir fordern das Land auf, auch dann die Zahlung für Schülerbeförderung unvermindert beizubehalten.
- Die Flat-Fair-Produkte des VRS (z.B. JobTicket, Azubi-Ticket, Schülerticket) stellen den einfachsten und günstigsten Zugang zum ÖPNV dar. Deshalb soll der VRS diese Produkte breiteren Zielgruppen zugänglich zu machen. Darüber hinaus sollen die Chancen der Digitalisierung konsequent genutzt werden, um den Zugang für Gelegenheitskunden zu vereinfachen und den Tarif ausgewogener und gerechter zu gestalten.
- Neben und ergänzend zum ÖPNV leistet der Radverkehr einen wesentlichen Beitrag zu einem umwelt-, menschen- und städtefreundlichen Verkehr. Insbesondere durch das Aufkommen von Pedelecs und E-Bikes erreicht das Rad heute ganz andere Aktionsradien. Die Topografie unserer Städte stellt keinen begrenzenden Faktor mehr dar. Deshalb ist es möglich, den Modal Split-Anteil des Radverkehrs in unseren Kommunen deutlich zu erhöhen. Letztlich kann dies nur über eine Neuaufteilung des knappen und nicht vermehrbaren Raums in unseren Städten zu Gunsten des Fahrrades erreicht werden.

- Für die überregionalen Verbindungen soll ein Netz von Radschnellwegen errichtet werden, die schnelle, sichere, möglichst begegnungsfreie Verbindungen von hoher Qualität zwischen unseren Kommunen sicherstellen, damit das Rad auch über mittlere Entfernungen zu einer selbstverständlichen Option der Verkehrsmittelwahl wird. Dabei halten wir innovative Ansätze, zum Wetterschutz oder aber auch die „smarte“ Verbindung zwischen Rad und Radweg für nicht undenkbar.
- Zur verbesserten Verknüpfung der Verkehrsmittel des Umweltverbundes fordern wir den erheblichen Ausbau von Mobilitätsstationen sowie deren Digitalisierung um Zugang und Verfügbarkeit zu vereinfachen. An allen relevanten Verknüpfungspunkten sollen Mobilitätsstationen den nahtlosen Übergang zwischen den Verkehrsmitteln des Umweltverbundes ermöglichen.

SPD-Regionalkonferenz Mittelrhein 11. Mai 2019  
Köln-Ehrenfeld einstimmig beschlossen